

Ausgabe 17 • Herbst 2023

Zeitung des
SPÖ Gemeinderatsklubs

4U

SPÖ GRAZ
GEMEINDERATSKLUB



Ankick
für die

ZWEI-STADIEN-

LÖSUNG

SPÖ GEMEINDERATSKLUB - IHR PARTNER MIT ECKEN UND KANTEN!

Follow us @ SPÖ Graz



www.graz.spoe.at

Inhalt

- S. 04-05** Stadion-Debatte
- S. 06** Mehr Geld für viele Grazer Schulen
- S. 07** Bezahlbares Wohnen für alle!
- S. 08-09** Bezirkssplitter
- S. 10-11** Aus dem Gemeinderat
- S. 12-13** 4 Fragen zum Thema
„Grünflächenfaktor“
- S. 15** Leistbare Stromanschlüsse
- S. 18** Update zu „Pfleger Angehörige“
- S. 22** Parkplatz-Misere: Gibt es noch
genug Behindertenparkplätze?
- S. 23** Nette Toilette

www.graz.spoe.at

 /grazspoe



Impressum

Medieninhaber u. Herausgeber:
SPÖ Gemeinderatsklub Graz, Rathaus Graz, Hauptplatz 1, 8011 Graz
Kontakt: peter.baumhackl@stadt.graz.at
Verlag: Gonzomedia GesmbH
Redaktionsleitung: Daniel Gräbner, Peter Baumhackl
Grafik: Claudia Gasser designC.at
Vertrieb: Hurtig Flink

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:
Erscheinungsort & Redaktionssitz: Graz, Steiermark
Medieninhaber u. Eigentümer: SPÖ Gemeinderatsklub Graz
Verleger: Gonzomedia GesmbH, 8010 Graz
Unternehmensgegenstand: Herausgabe von periodischen Druckwerken
insbesondere des Magazins "4U" SPÖ Graz Gemeinderatsklub
Grundlegende Richtung: "4U" SPÖ Graz Gemeinderatsklub dient der Informati-
on der Bevölkerung von Graz im Sinne der Arbeit des SPÖ Gemeinderatsklubs
"4U" SPÖ Graz Gemeinderatsklub erscheint 3-mal im Jahr in einer Auflage von
117.000 Stück | Coverfoto: Adobe Stock; Editorialfoto: Michael Schnabl

Editorial

Liebe Grazerin, lieber Grazer!

Viel hat sich in den vergangenen Monaten in Graz bewegt, viel ist weitergegangen: Das ist – obwohl das manche tunlichst zu verschweigen versuchen – auch ein Verdienst der SPÖ. Dass die Koalition mit der KPÖ und den Grünen keine Liebesheirat war und ist, habe ich immer betont: Aber diese Zusammenarbeit hat uns viele Möglichkeiten geboten, in dieser Stadt ganz im Sinne der Sozialdemokratie etwas weiterzubringen. Und genau diese Möglichkeiten haben wir genutzt.

Etliche Beispiele dafür finden Sie in dieser aktuellen Ausgabe der „4U“: Fast ein Jahrzehnt lang hat die SPÖ vergeblich zusätzliche schulautonome Mittel für Brennpunktschulen eingefordert, war immer an der ÖVP gescheitert – jetzt wird das umgesetzt. Wir haben Dynamik in die Stadion-Diskussion gebracht, machen Dampf in Sachen Sicherheit in den Tempo-30-Zonen, das Pilotprojekt zur sozialrechtlichen Absicherung pflegender Angehöriger ist auf Schiene, erst auf unsere Initiative hin kam Bewegung in den Aufbau eines funktionierenden Wohnungsregisters, um das Thema Leerstand anzugehen. Nicht zu vergessen: viele Vorstöße, was Wohnumfeld, bezirksrelevante Anliegen und vieles mehr angeht.

Wir haben Wort gehalten: Wir sind für Sie da und wir werden uns weiter für Ihre Anliegen stark machen!



Ihr
Michael Ehmann

Vorsitzender des SPÖ Gemeinderatsklubs

STADION-DEBATTE:

DIE SPÖ IST AM BALL



Entscheidende Phase in der Grazer Stadion-Diskussion: Jetzt soll ein Gemeinderatsausschuss unter Vorsitz von Michael Ehmann Klarheit schaffen.

Zwei-Stadion-Lösung

Sturm und GAK wünschen sich mit unterschiedlicher Vehemenz schon seit längerem eigene Austragungsstätten für ihre Heimspiele – die erste „4U“-Coverstory zu dem Thema hatten wir bereits im November 2019. Das war allerdings noch vor dem Debakel um die von der UEFA erklärten Champions-League-Untauglichkeit der Merkur Arena – und auch der Umstand, dass Sturm II seine Heimspiele in der 2. Liga, aufgrund der Stadion-Teilung mit dem GAK, in Gleisdorf austragen muss, ist den Blackies ein Dorn im Auge. Die Stadion-Diskussion wurde in den letzten Jahren immer wieder neu angeheizt. **So viel Dynamik wie innerhalb der letzten Monate unter dieser Koalition hatte es diesbezüglich zuvor aber nicht gegeben. Und das ist vor allem ein Verdienst der SPÖ:** Auf Vorschlag von SP-Klubvorsitzenden Michael Ehmann wurde jetzt ein eigener Sonderausschuss mit Vertreter:innen aller Gemeinderatsparteien eingerichtet, um endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Sturm strebt ja die Übernahme der Merkur Arena an, für den GAK wäre die idealste Lösung ein Ausbau von Weinzödl. Auf Initiative Ehmanns war deshalb bereits im Vorjahr eine kleine

Arbeitsgruppe eingerichtet worden, der sowohl Vertreter:innen der beiden Vereine als auch den zuständigen Beamt:innen angehörten. Dabei wurden insgesamt 16 geeignete Standorte für ein zweites Stadion gefunden, auf Infrastruktur und Verkehrserschließung sowie Belastung für Anrainer:innen untersucht. Die daraufhin von Ehmann veranlasste tiefergehende Analyse durch Fachleute von Land und Bund ergab allerdings, dass Weinzödl – weil im Wasserschutzgebiet – für einen solchen Ausbau kaum geeignet ist. „Das Ergebnis ist natürlich unerfreulich, aber es war ungemein wichtig zu wissen, dass wir rasch nochmals ‚neu denken‘ müssen“, so Ehmann. **Aus Sicht der SPÖ Graz sei, wie auch SP-Vorsitzende Landesrätin Doris Kampus bestätigt, die Zwei-Stadion-Lösung erklärtes Ziel.** Aber Kampus wie auch Ehmann betonen: „Nicht um jeden Preis. Was die Finanzierung, das Aufstellen von Förderungen und Investoren und die Folgekosten betrifft, werden selbstverständlich die Vereine gefordert sein.“

Sonderausschuss unter Vorsitz von Michael Ehmann

STUFE 1: Es werden nochmals die möglichen Standorte abgeklöpft, auch in Hinblick auf die Vorstellungen der Vereine.

STUFE 2: Bei den geeigneten Standorten müssen wir die Machbarkeit analysieren, auch was Finanzierung und Konsequenzen für die Vereine anbelangt. Die Stadt kann sich bestenfalls beteiligen – es braucht aber dazu Bund und Land ebenso wie Investoren und Sponsoren: Da sind Sturm und GAK selbst gefragt. Und auch der laufende Betrieb muss gewährleistet sein.

STUFE 3: Erst dann können die Verhandlungen mit Sturm wegen der Übernahme der Merkur Arena starten. Das Thema ist komplex – denn parallel müssen wir ja auch mitüberlegen, wie wir die Merkur Arena für nächstes Jahr auf jeden Fall europacuptauglich machen!



”

**Eine
Zwei-Stadien-
Lösung
ist unser
erklärtes Ziel.**

GR Michael Ehmann

“

! SP-ERFOLG!

MEHR GELD für viele Grazer Schulen

Riesenerfolg für die SPÖ: Noch in diesem Schuljahr bekommen Grazer Volks- und Mittelschulen, die unter besonders herausfordernden Rahmenbedingungen arbeiten, zusätzliche schulautonome Mittel – in Summe stehen dafür jährlich nun 300.000 Euro zur Verfügung.



Mehr als ein Jahrzehnt lang hatte die SPÖ in Graz darum gerungen, dass alle Kinder an den städtischen Grazer Pflichtschulen dieselben Chancen und Möglichkeiten haben; unabhängig davon, in welchem Viertel sie wohnen, wie die finanziellen Möglichkeiten der Eltern sind. „Denn viel zu oft sind Zusatzangebote, Ausflüge, Förderungen von finanzstarken Elternvereinen, Gönnern, Sponsoren abhängig. Und diese gibt es nicht überall – das trifft natürlich ganz besonders die sogenannten Brennpunktschulen, aber nicht nur diese“, weiß SP-Bildungssprecherin Daniela Schlüsselberger, die dazu im Gemeinderat bereits mehrere Initiativen gestartet hatte. Die Forderung der SPÖ: Zusätzliche schulautonome Mittel für jene Schulen, denen es nicht so gut geht, fair zugeteilt nach einem transparenten, nachvollziehbaren Sozialindex. „Auch das ist Teil der Bildungsgerechtigkeit, für die wir stehen“, betont die Grazer SP-Vorsitzende Landesrätin Doris Kampus. Passend zum Schulstart konnte Schlüsselberger im September verkünden: Noch in diesem Herbst gibt es die ersten 300.000 Euro für das Schuljahr 2023/24.

Insgesamt sind dafür in dieser Periode auf Initiative der SPÖ sogar 1,2 Millionen Euro im Budget vorgesehen, je 300.000 Euro für jedes Schuljahr. „In der Koalition waren wir uns darüber sofort einig – wir wollen allen Grazer Schulkindern bestmögliche und gleiche Chancen bieten, daher müssen Schulen mit besonderen Herausforderungen über die sogenannte Basisförderung zusätzlich unterstützt werden.“ Allerdings spießte es sich zunächst noch bei der Suche nach dem idealen Berechnungsmodell: „Die Sozialcard als alleinige Basis war uns nicht ausreichend. Wir wollten eine Kombination mit dem IQS-Index vom Institut des Bundes für Qualitätssicherung im österreichischen Schulwesen, wie er der Bildungsdirektion Steiermark für jeden Schulstandort vorliegt und Essentielles über die Standards aussagt. Es hat aber gedauert, bis wir diese Daten hatten.“ Jetzt ist alles unter Dach und Fach und die Berechnungen durch die Abteilung für Bildung und Integration abgeschlossen. „Zahlreiche Grazer Volks- und Mittelschulen werden – natürlich in individueller Höhe aufgrund Chancenindex und Schüler:innenzahl – noch heuer zusätzliche schulautonome Mittel erhalten“, freut sich Schlüsselberger über diesen Erfolg.

BEZAHLBARES WOHNEN für alle!

”

Wir fordern
das Einfrieren
aller Mieten
bis 2025.

“

GR^{IN} ANNA
ROBOSCH



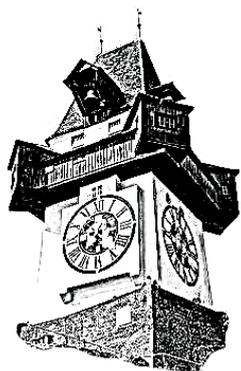
Es ist ein allgegenwärtiges Thema, in den Familien, den sozialen Netzwerken und auch im Gemeinderatsklub der SPÖ Graz: Immer weniger Menschen können sich das Wohnen leisten. „Der kürzlich von der Regierung vorgelegte Mietpreisdeckel gilt ja nur für die Kategorie- und Richtwertmieten, also nicht für alle“, sieht SP-Klubvorsitzender Michael Ehmann darin keine wirklich große Entlastung. Ähnliches treffe auf den in Graz propagierten Mietstopp zu: „Man muss das relativieren, denn der Stopp betrifft nur die weniger als 5.000 Gemeindewohnungen. Wir haben leider vergebens darauf gedrängt, auch für die fast doppelt so vielen Übertragungswohnbauten – auch da hat die Stadt das Einweisungsrecht – etwas zu tun.“ Deshalb brachte SP-Gemeinderätin Anna Robosch in der jüngsten Gemeinderatssitzung eine Initiative ein, die Stadt möge doch an Bundesregierung und Nationalrat für eine echte Mietpreisbremse herantreten: **„Einfrieren aller Mieten bis 2025, und danach jährlich maximal eine Anhebung um 2 Prozent: Nur das ist fair und gerecht und stellt eine echte Hilfestellung in Zeiten dieser Teuerung dar“**, betont Robosch.

Ein Knackpunkt aus Ehmanns Sicht ist, dass es in Graz grundsätzlich zu wenige leistbare Wohnungen auf dem Markt gibt. „Die vielen Anlegerwohnungen und Hochpreisprojekte gehen zu Lasten leistbarer Immobilien. Das sagen wir schon seit Jahren.“ Wie lässt sich diesem Negativtrend gegensteuern? **Für Ehmann hilft gegen die horrenden Wohnungskosten nur ein Gesamtpaket:** „Wir müssen den Leerstand mobilisieren, sprich leerstehende Wohnungen für den Markt zurückgewinnen – mit Anreizmodellen oder einer Leerstandsabgabe.“ Weiters brauche es eine Sanierungs-offensive – das sei deutlich ressourcenschonender als jeder Neubau. Und natürlich: Mehr kommunalen Wohnbau. „Und da rede ich nicht von 500 Wohnungen in einer Periode, sondern von einer mehrfachen Anzahl“, so Ehmann. „Dafür braucht es aber eine großflächige Grundstücksvorsorge durch die Stadt!“



Bezirkssplitter ➡

Von A wie Andritz bis W wie Waltendorf:
Kurze Neuigkeiten, Anträge und Bürgerfragen
aus den siebzehn Grazer Stadtbezirken.



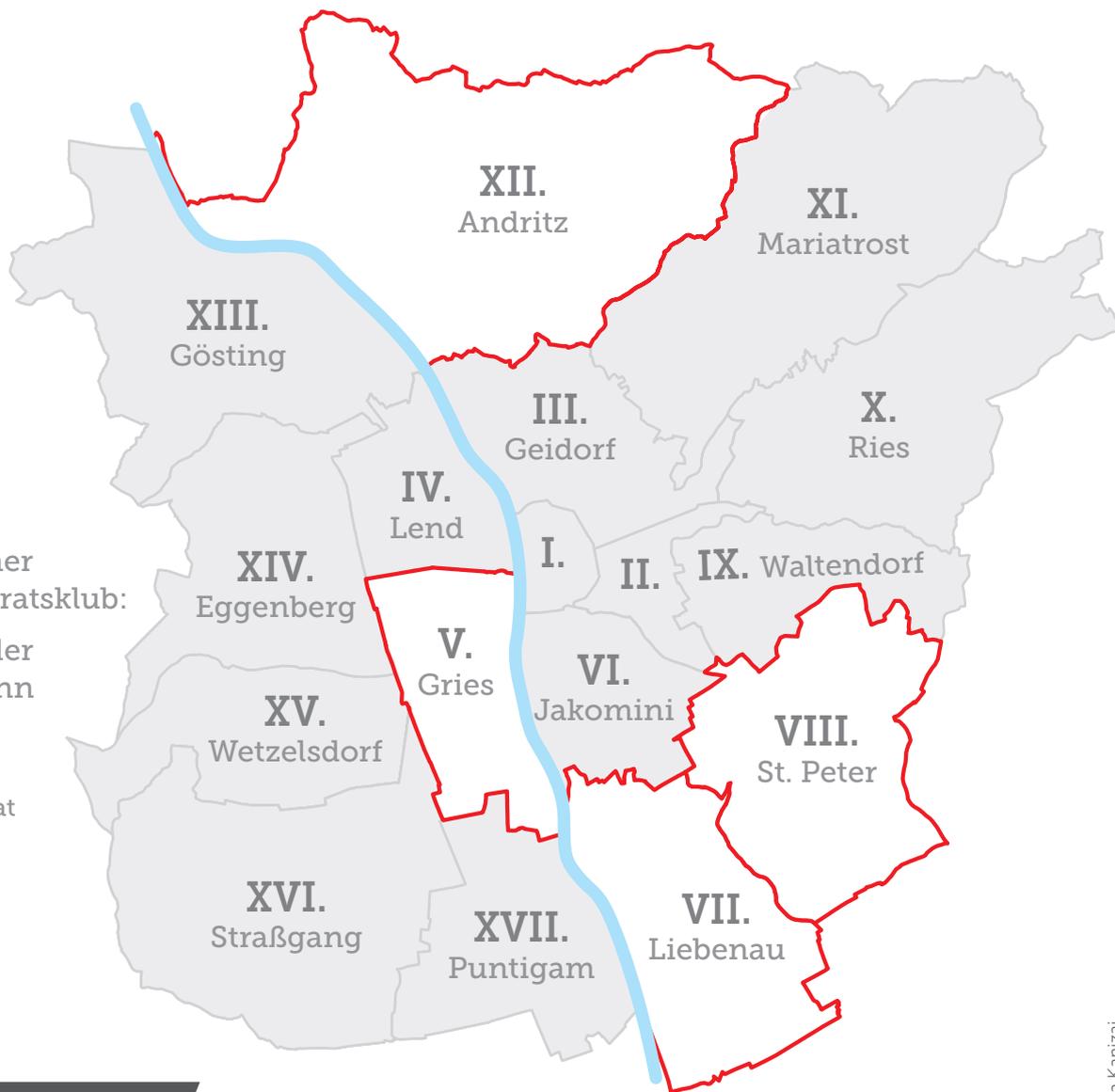
Ihr Ansprechpartner
im SPÖ Gemeinderatsklub:

SP-Klubvorsitzender
GR Michael Ehmann

Tel.: (0316) 872-2120

E-Mail:
klub.spoe@stadt.graz.at

www.graz.spoe.at



Ansprechpartner:innen:

Bezirksrätin
Nina-Marie Wolf
Tel.: 0664 397 05 61
Mail:
nina-marie.wolf
@stadt.graz.at

V. Gries

Bezirksrat
Eduard Dorner
Tel.: 0650 40 66 999
Mail:
eduard.dorner
@stadt.graz.at

VII. Liebenau

Bezirksvorsteher-
Stellvertreterin
Ulrike Repolust
Tel.: 0664 885 400 35
Mail:
ulrike.repolust
@stmk.gv.at

VIII. St. Peter



Bezirksrat
Thomas Hrabá
Tel.: 0699 11 369 316

Mail:
andritz
@stmk.spoe.at

THOMAS HRABÁ

XII. Andritz

ACHTUNG IN ANDRITZ!

Die Verkehrssituation bei der Straßenbahn-Endstation Andritz im Bereich der VS Viktor Kaplan gilt speziell für Kinder als überaus herausfordernd, was bereits zu zahlreichen gefährlichen Situationen und zuletzt auch tragischerweise zu einem schweren Unfall geführt hat: In Absprache mit SP Andritz-Bezirksrat Thomas Rudolf Hrabá forderte deshalb Gemeinderätin Daniela Schlüsselberger per Antrag ein, dass der Bereich Straßenbahn-Endstation Andritz/VS Viktor Kaplan raschest entschärft und verkehrssicherer gemacht wird.

Andritz

St. Peter

Gries

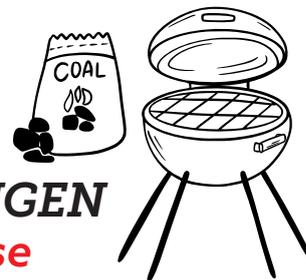
Liebenau

Fußgängerübergang in der St. Peter Hauptstraße

Mit der Ablehnung eines Fußgängerübergangs in der St. Peter Hauptstraße auf Höhe des Postamtes zum gegenüberliegenden Parkplatz durch die Fachabteilung – vom Bezirksrat St. Peter war ein entsprechender Antrag einstimmig verabschiedet worden – will sich SP-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Ulrike Repolust nicht so einfach abfinden. „Es stimmt, dass ein Stück weiter ein geregelter Fußgängerübergang ist. Aber ich verstehe unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, Mütter mit Kindern und jene vielen Menschen, die nicht so gut zu Fuß sind, dass sie es als unzumutbar empfinden, mit schweren Paketen diesen ‚Umweg‘ bewältigen zu müssen. Ich hoffe, dass da das letzte Wort noch nicht gesprochen wurde. Ich werde jedenfalls nicht lockerlassen.“ Statt eines simplen Zebrastreifens will Repolust jetzt eben einen ampelregulierten Übergang einfordern.

STADT DER KURZEN WEGE?

In einer „Stadt der kurzen Wege“, die auf sanfte Mobilität setzt, sollten sinnvolle Durchwegungen eigentlich Gang und Gäbe sein: Umso unverständlicher ist es, dass im Bereich der Brückengasse die Durchwegung zum Oeverseepark, der vielen Bewohner:innen als eine Oase der Erholung dient, schlichtweg ‚abhanden‘ gekommen ist. „Im Zuge des Baus einer Tiefgarage wurde das Aufrechterhalten des Weges nicht berücksichtigt, obwohl im Flächenwidmungsplan ein solcher Weg sogar noch vorhanden ist“, urgieren Gries-Bezirksrätin Nina-Marie Wolf und SP-Verkehrssprecher Manuel Lenartitsch und fordern eine entsprechende Überprüfung ein. „Im Optimalfall könnte diese Durchwegung auch für Radfahrer:innen genutzt werden, da sie einen direkten Anschluss an den Radweg Dorothee-Sölle-Weg darstellen würde“.



VERBESSERUNGEN für die Auwiese

Für die vielfrequentierte Auwiese in Liebenau wurden seitens der Stadt nun klare Regeln für die Nutzung dieser Erholungs- und Grillwiese aufgestellt: Unter anderem ist offenes Feuer verboten, es darf nur noch Grillkohle verwendet werden und abends und nachts kontrolliert die Ordnungswache das Gelände. „Es war ein langes Ringen, um die Belastungen für die Anrainerinnen und Anrainer zu verringern – jetzt werden wir natürlich beobachten, wie sich das auswirkt“, betont SP-Bezirksrat Eduard Dörner.

Aus dem

GEMEINDE RAT



WANDERWEGE

dürfen nicht zum Hürdenlauf werden!

Barrierefreiheit ist zwar in aller Munde, im Alltag sind wir aber von einer einigermaßen durchgängigen Barrierefreiheit teilweise noch weit entfernt. „Das gilt auch und ganz besonders für unsere Naherholungsgebiete – deshalb sollte jegliche Chance genutzt werden, diese auch möglichst allen Menschen leicht zugänglich zu machen“, ist SP-Gemeinderätin **Daniela Schlüsselberger** aufgrund ihrer Erfahrungen aus dem eigenen Familienumfeld überzeugt. „Ich denke da ganz konkret an den Grazer Westen: Der Plabutsch, die Gegend rund um St. Johann und Paul, die Wanderwege rund um die Burgruine Gösting stehen beispielhaft dafür, wo es anzupacken gilt, wo dringend Maßnahmen gesetzt werden müssten. Als nicht betroffener Mensch fällt es einem gar nicht so auf, wo überall Barrieren vorhanden sind – begleitet man dann aber jemanden, wird es augenscheinlich, welche Hürden es etwa für Menschen in einem Rollstuhl gibt!“, sprach sich Schlüsselberger in einem Gemeinderatsantrag eindringlich dafür aus, dass bei Wanderwegen der Barrierefreiheit besonderes Augenmerk geschenkt werde.

STURZGASSE:

Einfachere Mengenabrechnung

Derzeit hat jede Grazerin, jeder Grazer über 16 Jahren die Möglichkeit, im neuen Ressourcenpark der Holding in der Sturzgasse kostenpflichtigen Restmüll und Altstoffe fünfmal im Jahr um je 6 Euro pro 200 Kilogramm zu entsorgen – in Summe können so 1.000 Kilogramm pro Jahr vergünstigt um insgesamt 30 Euro angeliefert werden, darüberhinausgehende Kilo werden zu Normaltarifen abgerechnet. Allerdings: Manche würden es bevorzugen, öfter und dafür mit kleineren Mengen zu kommen, für andere wiederum ist das 200-Kilo-Limit zu wenig, sie würden lieber mehr Müll auf einmal und dafür weniger oft anliefern.



DESHALB:

SP-Gemeinderat **Manuel Lenartitsch** ersuchte per Antrag um Prüfung, ob die Umstellung auf eine ausschließliche Tonnageabrechnung möglich wäre. Sprich, ob auch jährlich 1.000 Kilogramm pro Kopf zu den derzeit 30 Euro abgeliefert werden könnten, unabhängig von der Zahl der Einfahrten.



ÖFFI-KOMFORT am Dietrichsteinplatz

Am Dietrichsteinplatz fehlen ausgerechnet im vielfrequenzierten Haltestellenbereich für die Regionalbusse Sitzgelegenheiten. „Jeder weiß, dass die Bereitschaft, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen, so wie wir uns das eigentlich im Sinne der sanften Mobilität wünschen, mit der Attraktivität der Öffis, deren Bequemlichkeit, mit dem Service steht und fällt. Stehend – und das vielleicht auch noch im Regen – auf Öffis warten zu müssen, entspricht nicht diesem Servicegedanken“, warnt SPÖ-Verkehrssprecher **Manuel Lenartitsch**. „Zumal ja auch noch zu bedenken ist, dass die Regionalbusse nicht in dem dichten Takt wie der innerstädtische Linienverkehr unterwegs sind, Fahrgäste also teils länger warten müssen.“ Lenartitsch fordert deshalb im Gemeinderat für diese Haltestelle entsprechende Sitzgelegenheiten ein – idealerweise mit einer Überdachung.



Stadtbibliotheken: Öffnung auch an Samstagen?

Die Stadtbibliotheken machte SP-Gemeinderätin **Anna Robosch** in einer Anfrage zum Thema. Graz verfüge mit der Stadtbibliothek, den sieben Zweigstellen plus der Mediathek über ein insgesamt hervorragendes Angebot: „Zudem gibt es in Graz im Gegensatz zu vielen anderen Städten an Wochentagen keine Schließtage, sie sind allesamt von Montag bis Freitag geöffnet“, hebt SP-Gemeinderätin Anna Robosch positiv hervor. Was allerdings aus Sicht einiger Nutzer:innen wünschenswert wäre: eine Öffnung auch an Samstagen. Weswegen Robosch im Gemeinderat nun eine Evaluierung vorschlug: „Wichtig zu wissen wäre zu allererst einmal, ob und unter welchen Rahmenbedingungen eine solche Samstag-Öffnung mit dem bestehenden Mitarbeiter:innenstand überhaupt machbar ist!“

Bürger:innenbefragungen verbessern

Ein klares Bekenntnis zu Bürger:innenbefragungen legte SP-Klubvorsitzender **Michael Ehmann** im Gemeinderat ab. „Voraussetzung ist aber ein praktikables Modell, das sowohl dem Datenschutz entspricht als auch eine wertneutrale Fragestellung gewährleistet und das bei wichtigen kommunalen Entscheidungen anlassbezogen verwendet werden kann“, betonte Ehmann. Tendenziöse, suggestive Fragestellungen, die die Handschrift eines Parteisekretariats tragen, seien fehl am Platz – weswegen seitens der SPÖ die Ausarbeitung eines solchen objektiven Modells eingefordert wird.

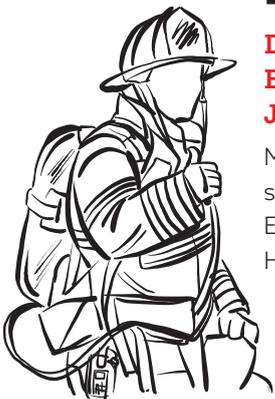
170 JAHRE Berufsfeuerwehr Graz

Die hochprofessionelle Arbeit der Grazer Berufsfeuerwehr stand beim großen 170 Jahr-Jubiläum selbstverständlich im Mittelpunkt:

Mehrere tausend Besucher:innen nutzten die Möglichkeit, sich sowohl von der Feuerwehrezentrale und den Einsatzfahrzeugen als auch bei Vorführungen etwa der Höhenretter ein Bild von „ihrer“ Feuerwehr zu machen.

„Wir können auf unsere Einsatzkräfte mit Recht stolz sein, da gewährleisten Top-Mannschaften Tag für Tag unsere Sicherheit“, zeigte sich SP-Klubvorsitzender

Michael Ehmann beeindruckt.



Michael Ehmann und Landeshauptmann Stv. Anton Lang (2.v.r.).



4 FRAGEN

zum Thema **GRÜNFLÄCHENFAKTOR**

an Gemeinderat Manuel Lenartitsch, SP-Vorsitzender

im Ausschuss für Verkehr, Stadtplanung und Grünraum



Manuel Lenartitsch

1 Was ist der Grünflächenfaktor?

Der Grünflächenfaktor ist im Zuge der Revision des Flächenwidmungsplans beschlossen worden. **Es geht dabei grundsätzlich darum, dass die Stadt Graz, mit Blick auf die Zukunft, wieder grüner wird.** Wie will man das erreichen? Dafür gibt es verschiedene Ansätze in der neuen Verordnung. Ein Beispiel: Wenn man ein Flachdach baut, ist man künftig dazu verpflichtet, dieses zu einem gewissen Prozentsatz zu begrünen, um der Versiegelung entgegenzuwirken. Es gibt im Rahmen des Grünflächenfaktors aber auch eine Art Bonussystem. Wenn man beispielsweise einen alten Baum stehen lässt, der bestimmte Kriterien erfüllt, dann darf man dafür wiederum ein paar Quadratmeter mehr Fläche verbauen. **Also ganz einfach formuliert:** Alles was man beim Bau grüner macht oder grün belässt, indem man alte Bäume erhält, erlaubt einem als Bauwerber:in ein bisschen mehr zu verbauen. Lässt man zwei alte Bäume auf seinem Grundstück stehen, geht es sich vielleicht aus, dass man dafür noch ein Carport dazubauen kann. Wenn man dessen Dach dann auch noch begrünt, dann hat man wieder einen Vorteil... es geht also einfach darum, Anreize für mehr Grünflächen zu schaffen.



Wie war es vor dem Grünflächenfaktor?

2

Früher gab es nur den Bebauungsplan, der allerdings die vorhandenen Grünflächen, Bäume oder Teiche nicht berücksichtigt hat. Darin stand lediglich, wie viel man verbauen durfte und wie viel an Fläche freibleiben musste. Mit dem Grünflächenfaktor gibt es nun aber ein neues und zugleich auch faires Instrument gegen die Versiegelung, da vor jedem Bau eine Bestandsaufnahme gemacht wird und man auch davon profitieren kann, wenn man bestehende Grünflächen erhält.

Seit wann gilt der Grünflächenfaktor?

3

Der Grünflächenfaktor wurde am 6. Juli im Stadtssenat einstimmig angenommen und ist seit 19. Juli 2023 wirksam. Also alle neuen Bauvorhaben müssen sich bereits nach dem Kriterienkatalog des Grünflächenfaktors richten, ansonsten gibt es keine Bewilligung.

Welchen Anteil hat die SPÖ Graz am neuen Grünflächenfaktor?

4

Das Gemeinderatsteam um Michael Ehmann kämpft schon seit Jahren gegen die überbordende Versiegelung.

Wir wissen, dass sich viele Grazerinnen und Grazer eine grünere Stadt wünschen – es gibt diesbezüglich beispielsweise auch eine Initiative von mir, Orte wie die Herrengasse mit Bänken und sogenannten mobilen Bäumen aufzugrünen. Der Grünflächenfaktor ist gemeinsam mit unseren Regierungspartnern entstanden und wir sind uns sicher, dass er die Stadt Graz in Zukunft noch lebenswerter machen wird.



Im Überblick

- ⇒ Der Grünflächenfaktor legt einen bestimmten Anteil an Grünfläche für jedes Bauvorhaben im gesamten Stadtgebiet fest: Zukünftig müssen beispielsweise Geschossbauten 60 Prozent der Gesamtfläche oder bei Baugebieten im Grüngürtel 80 Prozent unversiegelt sein.
- ⇒ Bei Neu-, Um- und Zubauten im Bestand muss der Versiegelungsgrad verbessert werden.
- ⇒ Es wird ein Bonussystem zur Berechnung des Grünflächenfaktors etabliert, das starke Anreize für die Baumerhaltung, die Pflanzung neuer Bäume, Dachbegrünung und Fassadenbegrünung schafft.
- ⇒ Wasserflächen mit Bodenanschluss (z.B. Naturteiche) wirken sich positiv auf die Bilanz aus, im Gegensatz zu Pools, die als versiegelte Fläche gelten.

„DIE SPÖ GRAZ schärft IHR PROFIL“

Unsere SPÖ Graz-Regionalvorsitzende Soziallandesrätin Doris Kampus über ihr halbes Jahr an der Spitze, ihre politischen Erfolge und wie es jetzt in Graz weitergehen muss.

Was ist Ihre Bilanz dieser bald zu Ende gehenden Gemeinderatsperiode?

DORIS KAMPUS: Es ist mit viel harter Arbeit, aber auch zum Glück mit viel Freude verbunden. Das Ergebnis bei der Direktwahl hätte ich nicht erwartet, mit mehr als 90 Prozent und einer Beteiligung von über 1.000 Personen. Wir haben auch rund 400 neue Mitglieder gewinnen können. Das hat uns alle in der SPÖ Graz gestärkt und viel Rückenwind gegeben. Ich freue mich auch, dass es in den neuen Sektionen so viele gute Ideen und positive Energie gibt. Das kann man schon sagen: Die Basis lebt.



„Das erste halbe Jahr war viel Arbeit, aber auch viel Freude.“

„Wir haben Fahrt aufgenommen und werden unseren Kurs fortsetzen.“

Soziallandesrätin Doris Kampus ist seit sechs Monaten SPÖ Graz-Regionalvorsitzende: „Mit uns ist politisch vieles möglich, gegen uns geht gar nichts.“

Aber nicht nur in der SPÖ Graz ist neuer Schwung, auch kommunalpolitisch ist es gelungen, wichtige Akzente zu setzen.

DORIS KAMPUS: Was ich beim Parteitag angekündigt habe, setzen wir auch um. Wir sind bei unserem Herzensanliegen, der Anstellung pflegender Angehöriger, mit 1. Jänner 2024 startklar. Wie wichtig das ist, haben auch die vielen Gespräche bei unseren SPÖ-Pflegetreffs in den Grazer Bezirken gezeigt. Viele Grazerinnen und Grazer pflegen ihre Liebsten zu Hause. Wir müssen sie unterstützen, so gut es geht. Das ist auch frauenpolitisch so wichtig. Die Anstellung pflegender Angehöriger verhindert, dass jemand pflegt und am Ende in die Armutsfalle rutscht.

Klare Konturen hat die Grazer SPÖ auch in der Zusammenarbeit in der Stadtregierung gezeigt. Bleibt das so?

DORIS KAMPUS: Wie alle wissen, sind wir zwar in der Koalition, aber nicht in der Stadtregierung vertreten. Das macht die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien nicht immer einfach. Deshalb war es auch ganz wichtig, dass die Grazer SPÖ auch hier klare Kante zeigt. Mit uns ist politisch für Graz vieles möglich, aber gegen uns geht gar nichts. Und wir lassen uns auch nicht überrumpeln. Das habe ich deutlich gemacht. Und das ist auch weiterhin natürlich unser Kurs. Da sind wir den Grazerinnen und Grazern im Wort.

Auch von Beobachtern wird gesagt, dass die Grazer SPÖ mit viel neuem Schwung unterwegs ist. Welche Schwerpunkte wird die Grazer SPÖ in den kommenden Monaten setzen?

DORIS KAMPUS: Wir haben Fahrt aufgenommen und werden unseren Kurs fortsetzen. Das nächste große Thema ist Bildung. Mit den Schwerpunktmitteln, die auf unsere Initiative Grazer Schulen zur Verfügung gestellt werden, sorgen wir dafür, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben. Das ist die beste Investition in die Zukunft dieser wunderbaren Stadt.

Leistbare Stromanschlüsse für nicht-kommerzielle Veranstaltungen

Die Benützungsgebühren der Stromanschlüsse in Parks und auf Plätzen müssen günstiger werden. Anna Roboschs dringlicher Antrag wurde im Gemeinderat mit Mehrheit angenommen.

Vor allem in den Sommermonaten ist die Stadt ein beliebter Veranstaltungsort, es werden Parkanlagen und der öffentliche Raum gerne für Konzerte, Festivals, Sportevents und vieles mehr genutzt. Nicht zuletzt deshalb wurde in der Vergangenheit viel in die entsprechende Infrastruktur investiert, so wurden beispielsweise in etlichen Parks und beliebten Veranstaltungsplätzen Wasser- und vor allem auch Stromanschlüsse installiert. „Speziell die Stromanschlüsse stellen – als Alternative zu den lauten, alles andere als umweltfreundlichen Diesellaggregaten – nicht nur eine Entlastung für die Anrainer:innen dar, sondern sind vor allem auch in Hinblick auf Klimaschutz wichtig“, betont SP-Gemeinderätin Anna Robosch. Allerdings gibt es derzeit noch einen gewaltigen Haken.



Allein schon die Benützungsgebühren – sprich die reinen Anschlusskosten – gehen je nach Größe der Veranstaltung in die Hunderte bis Tausende Euro. „Leider berichten uns zahlreiche

Veranstalter:innen wie kleinere und gemeinnützige Vereine, dass sie sich die Anschlüsse einfach nicht leisten können. Sie müssen dann entweder doch auf das Diesellaggregat zurückgreifen – oder grundsätzlich passen, da sie neben dem ohnehin hohen finanziellen wie auch organisatorischen Aufwand nicht auch noch ein solch finanzielles Risiko tragen können“, weiß Robosch. Fazit: Sie forderte per Dringlichkeitsantrag die Ausarbeitung eines neuen Modells für die Benützungsgebühren der Stromanschlüsse, das speziell für kleinere Veranstaltungen bzw. für nicht kommerzielle Vereine leistbarere Kosten vorsieht.

SP-GEMEINDERÄTIN
ANNA ROBOSCH

SWV-TIPP für EPU und Kleinbetriebe Jetzt Energiekosten- pauschale beantragen!

EPU und Kleinunternehmen mit einem Jahresumsatz zwischen 10.000 und 400.000 Euro können die Energiekostenpauschale beantragen.

Die **Energiekostenpauschale** für Unternehmen unterstützt vor allem EPU sowie Kleinst- und Kleinunternehmen (Umsatz 10.000 bis 400.000 Euro) mit einer Betriebsstätte in Österreich. Die Pauschalförderung beträgt zwischen € 110,00 und € 2.475,00 und wird abhängig von Jahresumsatz und Branche berechnet. Die Energiekostenpauschale kann rückwirkend für das Jahr 2022 beantragt werden. Ansuchen auf Förderungen für die Energiekostenpauschale können noch **bis 30. November 2023** auf dem „Unternehmensserviceportal“ gestellt werden. Detaillierte Informationen auf www.energiekostenpauschale.at.

Die Förderung muss vom Unternehmen selbst beantragt werden. Steuerberatungen können das Ansuchen nicht stellvertretend einreichen. Erforderlich sind: ID-Austria oder Handysignatur, ein Zugang zum Unternehmensserviceportal (USP), die ÖNACE-Branchenzuordnung und der Umsatz des Jahres 2022. Im USP muss bei den „Unternehmensdaten“ bei „Haupttätigkeit“ ein ÖNACE-Code hinterlegt sein. Belege oder Steuerunterlagen müssen nicht hochgeladen werden. Nach Eingabe erfolgt eine automatisierte Prüfung. Ist das Ergebnis positiv, wird die Förderung kurz danach ausbezahlt.



Sozialdemokratischer
Wirtschaftsverband Steiermark,
Hans-Resel-Gasse 27, 8020 Graz,
[www.wirtschaftsverband-
steiermark.org](http://www.wirtschaftsverband-steiermark.org)

So kommen die Grazer:innen **GUT DURCH DEN WINTER**

Der Winter steht vor der Tür – und das Sozialressort des Landes unter Führung von Landesrätin Doris Kampus, der SPÖ Graz-Vorsitzenden, sorgt vor.



„In Graz und der ganzen Steiermark lassen wir niemanden zurück. Das beweist auch der Heizkostenzuschuss des Landes in der Höhe von 340 Euro. Mehr als 5.000 Grazerinnen und Grazer konnten wir schon bisher damit in dieser Zeit der sehr hohen Preise unterstützen“, betont Soziallandesrätin Doris Kampus. **Ab 2. Oktober kann der Heizkostenzuschuss des Landes nun für den Winter 2023/2024 in**

den Sozialservicestellen der Stadt wieder beantragt werden. Die Einkommensgrenze beträgt 1.392 Euro für Alleinstehende und 2.088 Euro für Paare. Für Kinder gibt es Zuschläge. „Dieser Zuschuss ist nicht nur sozial-, sondern auch frauenpolitisch unglaublich wichtig. Zwei von drei Anträgen stammen von Grazerinnen, die ja von der Teuerungskrise besonders betroffen sind“, betont

Doris Kampus. Das gilt auch für die Wohnunterstützung, die vom Sozialressort des Landes besonders bedürftigen Haushalten ausbezahlt wird und mit 1. August 2023 um mindestens 20 Prozent angehoben wurde. **Unter Berücksichtigung von Einkommen und Zahl der Personen im Haushalt steigt damit die Wohnunterstützung – wie Beispielsfälle zeigen – um bis zu 47 Prozent.**



EIN BEISPIEL:

Eine Familie mit einem Kind, die ein Haushaltseinkommen von 2.400 Euro netto hat, erhält im Jahr um 236,50 Euro mehr Wohnunterstützung. Neue Einkommensgrenzen erweitern zudem den Kreis von möglichen Bezieherinnen und Beziehern. Dafür stehen heuer rund 3,5 Millionen Euro mehr zur Verfügung. „Damit können wir viele Menschen in Graz angesichts der extrem hohen Mieten unterstützen“, freut sich die SPÖ Graz-Vorsitzende Doris Kampus: 42 Prozent aller Bezieherinnen und Bezieher von Wohnunterstützung in der Steiermark sind in Graz zu Hause. Und wichtig – auch der Heizkostenzuschuss des Bundes kann auch noch bis zum 31. Oktober beantragt werden. 400 Euro gibt es für alle Haushalte, die bis zu 30.734 Euro im Jahr an Einkommen haben. Einfach unter www.soziales.steiermark.at online beantragen – Menschen ohne Internet-Zugang erhalten Hilfe bei den Sozialämtern.



Die Teuerung ist in vielen Bereichen spürbar. „Wir lassen niemanden zurück“, sind sich SPÖ Graz-Vorsitzende Soziallandesrätin Doris Kampus und Klubvorsitzender Michael Ehmann einig.

Tatkräftige Unterstützung rund um Haus und Garten

KONTAKT
Your Company Graz
Tel: 050/7900 2200
your-company@jaw.or.at

Wer Haus, Garten, Bürogebäude oder Grünflächen einfach und professionell auf Vordermann bringen lassen und gleichzeitig ein soziales Projekt unterstützen möchte, ist bei Your Company, einem gemeinnützigen Beschäftigungsprojekt von Jugend am Werk Steiermark, genau richtig.

Ob Rasenmähen, Laub rechen, Hecken- und Baumschnitt, Wegesanierung, Reparatur von Zäunen und Bänken oder Reinigungsarbeiten – rund um Haus und Garten ist immer viel zu tun. Wer dabei fachkundige Unterstützung braucht, kann sich diese ganz einfach von Your Company, einem gemeinnützigen Beschäftigungsprojekt von Jugend am Werk, holen. Hier wird Langzeitarbeitslosen eine zeitlich befristete Beschäftigung geboten. Ziel des Projekts ist es, die Arbeitssuchenden zu qualifizieren, sie bei der Arbeitsplatzsuche zu unterstützen und ihnen so den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen.

Umfangreiches Angebot

Das Angebot von Your Company geht weit über die Garten- und Landschaftspflege sowie kleine Reparatur- und Ausmalarbeiten hinaus und umfasst auch ein Reinigungsservice, das sowohl von Privatpersonen als auch Unternehmen in Anspruch genommen werden kann. Auch Bügelwäsche von Privathaushalten ist bei Your Company in guten Händen. Einfach ausprobieren!

Das gemeinnützige Beschäftigungsprojekt wird mit finanzieller Unterstützung des AMS Steiermark und des Landes Steiermark umgesetzt. www.jaw.or.at



SWV-Helpline für EPU und Kleinbetriebe



KR Karlheinz Winkler
SWV-Präsident



Mag. Karin Eckhart
Steuerberaterin
Möstl & Pfeiffer
Steuerberatungs
GmbH



Mag. Friedrich Möstl
Steuerberater
Möstl & Pfeiffer
Steuerberatungs
GmbH



Mag. Manfred Pollitsch
Rechtsanwalt



Mag. Ingeborg Windhofer
Mediatorin für
Familie und
Wirtschaft

HELPLINE
für steuerliche,
juristische und
psychologische
Fragen
0316/71 46 40
Mo.–Fr. 8–12

Die einzige starke Stimme der EPU und Kleinbetriebe



SWV
Sozialdemokratischer
Wirtschaftsverband
Steiermark

www.wvstmk.at

PFLEGE DAHEIM

Mit der Umsetzung des Pilotprojekts „Pfleger:innen Angehörige“ steht die SPÖ Graz mit Doris Kampus und Michael Ehmann vor der Einlösung eines ihrer wichtigsten Wahlversprechen. „Die ältere Generation hat viel für unsere Stadt geleistet. Wir dürfen diese Menschen nicht im Stich lassen, wenn sie sich wünschen, lieber in den eigenen vier Wänden gepflegt zu werden als in einem Heim. Damit die Pflege aber so lange wie möglich zu Hause erfolgen kann, braucht es eine finanzielle und sozialrechtliche Absicherung der pflegenden Angehörigen“, so der SPÖ-Klubvorsitzende Ehmann. Im Grazer Stadtbudget sind in diesem Jahr bereits eine Million Euro vorgesehen, in den Sommermonaten wurde intensiv und auf Hochtouren an den Details (Fördervereinbarung, Richtlinien, Kursmöglichkeiten für die Angehörigen...) gearbeitet. „Wenn alles nach Plan



“
Pflege daheim ist
für alle Beteiligten
eine große
Herausforderung.

Doris Kampus

“

läuft, sollte es noch in diesem Herbst einen Gemeinderatsbeschluss geben, sodass wir dann mit Anfang 2024 wirklich mit dem Pilotprojekt starten können“, bestätigt Ehmann. „Pflege daheim ist für alle Beteiligten eine große Herausforderung, die viel Unterstützung braucht und ich freue mich, dass wir hier etwas bewirken können“, so SPÖ-Graz-Regionalvorsitzende Doris Kampus.



Darum geht's in dem Pilotprojekt:

Angelehnt an ein ähnliches Modell im Burgenland, sollen vorerst 15 Grazer:innen, die zu Hause Angehörige pflegen, durch ein Anstellungsverhältnis sozialversichert werden, sie erwerben somit Pensionszeiten und werden für die Pflegearbeit entsprechend des zeitlichen Aufwandes bezahlt. Wobei ein Teil der Kosten über das Pflegegeld abgedeckt wird und die Pflegestufe auch Grundlage für das Beschäftigungsausmaß zwischen 20 und 40 Wochenarbeitsstunden sein wird.

Bei Erfolg des Pilotjahres soll das Modell fix umgesetzt werden.

DIE STEIERMARK MACHT

Wohnen wieder leistbar!

SP-Klubobmann Hannes Schwarz präsentiert Initiative für faire Mieten und bezahlbaren Wohnraum.

Steigende Lebensmittelpreise, explodierende Heizkosten und unstemmbare Mieten – das ist in Österreich zur Normalität geworden. Während die Reichsten immer reicher werden, ist das Leben für viele Menschen immer schwerer finanzierbar. Die steirische Landesregierung will und kann dabei nicht mehr zusehen und versucht mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket Wohnen in der Steiermark wieder leistbarer zu machen. „Wir versuchen vor allem in schwierigeren Zeiten alle Steirerinnen und Steirer zu unterstützen. Wir lassen niemanden im Stich!“ sagt Klubobmann Hannes Schwarz, der das Paket maßgeblich mitgestaltet hat. Die Wohnbauoffensive grün-weiß soll mit einem Maßnahmenpaket von insgesamt 122 Millionen Euro helfen. Die Ziele dieses Paketes sind klar: Mieten im Bestand sollen gesenkt werden und Neubau soll wieder finanzierbar sein, außerdem sollen die Einkommensgrenzen bei Unterstützung angepasst werden. Die hohen Qualitäts- und Klimastandards bleiben selbstverständlich bestehen.



Ltg-Abg. und SPÖ-Klubobmann
Hannes Schwarz.

MIETSENKUNG IM SOZIALBAU

Auch Mieter:innen im Sozialbau blieben nicht von Mieterhöhungen verschont. Aufgrund der Zinserhöhungen gab es in den letzten Monaten massive Mietsteigerungen, teilweise sogar um 75 Prozent. Mit dem Wohnbonus sollen die Nettomieten gesenkt werden, indem der Förderbetrag für bestehende und neu zu errichtende Wohnungen der Bauprogramme 2015 bis 2023 angehoben wird. „Die Mieten werden ab Oktober automatisch an den Wohnbonus angepasst, ohne einen Antrag stellen zu müssen“, erklärt Schwarz. Vorerst ist der Wohnbonus bis 31.12.2024 befristet, wenn die Zinsen jedoch auf hohem Niveau bleiben, soll es Möglichkeiten zu Verlängerungen geben.

Geschoßbau & Wohnunterstützung NEU für ein zukunftsorientiertes Wohnen

Um die Finanzierung von neuen Wohnungen zu vergünstigen und Mieten leistbarer zu machen, soll die Geschoßbauförderung umgestellt werden. Mit einer Kombination aus niedrigverzinsten Landesdarlehen und erhöhten Förderbeiträgen sollen jährlich insgesamt 1.400 neue Wohnungen errichtet werden. Mit der Wohnunterstützung NEU werden neben den steigenden Wohnkosten auch die Energiepreise mitbedacht. Seit 1. August dürfen sich alle Steirerinnen und Steirer dank dieser Maßnahme über eine erhöhte Wohnunterstützung von 20 Prozent freuen. Da die Energiepreise in den vergangenen zwei Jahren um 60 Prozent gestiegen sind, wurde auch die Einkommensgrenze an die Inflation angepasst, so dass mehr Menschen darauf zugreifen können.

4 FAKTEN ZUM MIETRECHT

**Sprechstunden: 1 x Monat
in Mietrechtssachen**

Terminvereinbarung über den
SPÖ Gemeinderatsklub
klub.spoe@stadt.graz.at

Infopoint



Informationen zum „Mietpreisdeckel“ DER REGIERUNG

Im Sommer haben sich die Parteien der Bundesregierung auf ein Maßnahmenpaket verständigt: Mit dabei der Mietpreisdeckel. Was es mit diesem auf sich hat, erklärt Mietrechtsexperte Mag. Christian Lechner von der Mietervereinigung Steiermark.

Mag. Christian Lechner, Mietrechtsexperte und Landesgeschäftsführer der Mietervereinigung Steiermark

Kommt der MIETPREISDECKEL zu spät?

Der Druck und die aktive Arbeit von Mietervereinigung und SPÖ für eine Mietpreisbremse zeigen erste Wirkung: die Regierung stellte nunmehr endlich einen „Mietpreisdeckel“ vor – demzufolge soll ein Teil aller Mieten in den nächsten drei Jahren um maximal 5 Prozent pro Jahr erhöht werden dürfen.

Das kann aber nur ein erster Schritt sein, denn es ist keine Lösung für alle Mieter, es ist zu wenig, und es kommt viel zu spät, erklärt die Mietervereinigung. Wir brauchen eine echte Mietpreisbremse für alle steirischen bzw. österreichischen Mietverhältnisse.

Was ist derzeit geplant?

Die Ende August 2023 vorgestellte Regelung gilt nur für Haushalte, die Richtwert- oder Kategorie-Mietzinsen bezahlen sowie im gemeinnützigen Bereich. Für den unregulierten privaten Mietsektor blieb die Regierung jede Lösung schuldig, hier wird die Teuerung weiterhin mit voller Wucht durchschlagen. Gerade im unregulierten privaten Bereich werden aufgrund fehlender gesetzlicher Preisgrenzen die höchsten Nettomieten verlangt. Zwar will sich die Regierung auf Druck der Mietervereinigung nun auch den privaten Bereich genauer ansehen, konkrete Informationen liegen dazu aber noch nicht vor.

UNSERE FORDERUNG -

In den vergangenen zwei Jahren sind Kategorie-Mieten um fast 24 Prozent, Richtwert-Mieten um fast 15 Prozent und unregelte private Neubaumieten um bis zu 17 Prozent erhöht worden. Zwei Jahre hat die Regierung zugeschaut, wie viele Mieter in Schwierigkeiten, einige in die Armut geschlittert sind. Die jährliche 5-Prozent-Grenze für Mieterhöhungen, wie sie die Regierung präsentiert hat, ist zu hoch. In den letzten 22 Jahren lag die Inflation nur in den letzten beiden Jahren darüber. 2 Prozent Erhöhung Jahr für Jahr ist mehr als genug.

Weitere „BAUSTELLEN“ im Zusammenhang mit der Mietpreisbremse

Es ist ungerecht, den Mietern die Miete immer wieder um den Verbraucherpreisindex zu erhöhen. Denn auch laufende Kosten, die von Mietern gar nicht verursacht werden und die ausschließlich im Interesse der Vermieter liegen – wie zum Beispiel Verwaltungshonorar, Versicherungen, Grundsteuer – werden den Mietern über die Betriebskosten zur Gänze umgehängt. Die Vermieterinnen und Vermieter zahlen also nicht einmal die Versicherungen oder die Grundsteuern für ihre Objekte selbst.

RAT UND HILFE

IN ALLEN
WOHNRECHTSFRAGEN

Tel. 050195 4300

Montag bis Donnerstag
8.00 bis 12.00 Uhr



Fair WOHNEN **MIETER
VEREINIGUNG**
Steiermark



Ungerechtigkeit *bei* Pension und Lohn



Verena Nussbaum, Vorsitzende der SPÖ Frauen Graz, macht auf den Equal Pension Day und den Equal Pay Day aufmerksam.



Foto: Privat | Entgeltliche Einschaltung

Am steirischen „Equal Pension Day“ war Eva-Maria Holzleitner, die Bundesvorsitzende der SPÖ Frauen, in Graz. Gemeinsam wurde mit einem Aktionsstand auf die Pensionsungerechtigkeit aufmerksam gemacht, denn Armut im Alter ist weiblich! Aktuell beträgt der Unterschied zwischen den Pensionen von Frauen und Männern 42,3 Prozent. „Wir fordern, dass die Bundesregierung dringend Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass Frauen im Alter nicht in die Armut abrutschen.“ Und auch in der Arbeitswelt herrscht nach wie vor eine signifikante Ungerechtigkeit: **Frauen in Graz erhalten 14,5 Prozent weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Das bedeutet, dass sie ab dem 9. November 2023 –**

dem sogenannten Equal Pay Day – im Grunde genommen bis Jahresende ohne Bezahlung arbeiten.

Die EU hat bereits einen Schritt in die richtige Richtung gemacht, indem sie die Richtlinie zur Lohntransparenz eingeführt hat. Bis 2026 müssen alle Mitgliedstaaten der EU nachweisen, dass sie diese Richtlinie umgesetzt haben. „Eine Lösung könnte in einer 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich liegen. Diese Verkürzung der Arbeitszeit würde es Frauen ermöglichen, von Teilzeit auf Vollzeit zu wechseln, und gleichzeitig würden Männer mehr Zeit für ihre Familien und den Haushalt haben“, so Verena Nussbaum, Vorsitzende der SPÖ Frauen Graz.



Foto: Privat

SP-Verkehrssprecher Manuel Lenartitsch im Gespräch mit SPÖ Graz-Regionalvorsitzenden Doris Kampus.

Scheinsicherheit Tempo 30

Seit Jahren fordert die SPÖ Graz, endlich die Raserei in Wohnviertel zu stoppen. Die logische Lösung: Tempo-30-Zonen. Allerdings machen diese nur Sinn, wenn sie auch ausreichend markiert und beschildert sind. **„Mehr und mehr 30er-Zonen auszuweisen, ist natürlich begrüßenswert: Aber solange nicht entsprechende Begleitmaßnahmen in Hinblick auf Ausgestaltung – dazu gehören auch Markierungen wie Haifischzähne – erfolgen, bieten solche Zonen nur eine Scheinsicherheit“**, weiß Gemeinderat Manuel Lenartitsch. Fast täglich bekomme der SP-Verkehrssprecher Zuschriften oder Anrufe über Probleme in Tempo-30-Zonen. „Es wird gerast und die Rechtsregel ignoriert. Uns geht es vor allem um die Sicherheit von Familien und Kindern, deshalb werden wir nicht locker lassen, besagte Markierungen und bessere Beschilderung einzufordern“, so Lenartitsch, der sich inzwischen auch Unterstützung in Form von SPÖ-Graz-Chefin Doris Kampus geholt hat. Gemeinsam soll eine Lösung gefunden werden.

PARKPLATZ-MISERE:

Gibt es noch genug Behindertenparkplätze?



Mit der Forderung nach Zahlen und Fakten will Gemeinderätin Daniela Schlüsselberger der Frage nach der ausreichenden Anzahl von Behindertenparkplätzen nachgehen.

Die zuletzt rund 600 aufgelassenen Parkplätze ließen bei betroffenen Anrainer:innen und Wirtschaftstreibenden bereits die Wogen hochgehen. SP-Gemeinderätin Daniela Schlüsselberger hat sich nun einer Gruppe angenommen, die bei diesem ewigheißen Thema zwar kaum im Fokus steht, sich aber auch zunehmend Sorgen macht: Menschen mit Behinderung, die über einen entsprechenden Parkausweis verfügen. Diese dürfen nicht nur die ausgewiesenen Behindertenparkplätze gratis und ohne zeitliche Einschränkung nutzen, sondern

auch alle Zonenplätze. „Weniger Zonen-Parkplätze heißt aber auch, weniger Parkplätze für unsere Mitbürger:innen mit besonderen Anforderungen. Auf diese Sorge wurde ich bereits mehrfach angesprochen“, betont Schlüsselberger. Daher forderte die SP-Gemeinderätin nun in Sachen Behindertenparkplätze eine Datenanalyse ein: Konkret will sie für Graz die Zahl der Zonen-Parkplätze, der Ausnahmegenehmigungen, der ausgewiesenen Behindertenparkplätze, der Parkausweise für Behinderte und insgesamt die Zahl der angemeldeten Kfz wissen, und zwar jeweils

In jüngster Zeit wurden
von den insgesamt

rund 24.000

gebührenpflichtigen
Parkplätze in Graz

– **davon sind rund**

4.000

in den Blauen Zonen – in etwa

600 Parkplätze

AUFGELASSEN.

deren Entwicklung in den vergangenen fünf bzw. zehn Jahren. „Daraus sollten wir dann endlich ableiten können, ob wir an exponierten Stellen vielleicht nicht doch mehr ausgewiesene Behindertenparkplätze brauchen – und vielleicht öffnet ein solches Zahlenwerk auch insgesamt neue Perspektiven zur Entkrampfung der Parkplatz-Diskussion“, so Schlüsselberger.

Nette Toilette: Eine Win-Win-Win-Situation

Für Gemeinderat **MANUEL LENARTITSCH** ist die „Nette Toilette“ längst zur Herzensangelegenheit geworden, versucht er doch schon seit rund eineinhalb Jahren das Konzept aus Deutschland und der Schweiz auch nach Graz zu holen. **Zur Erinnerung:** Besucher:innen von öffentlichen Spielplätzen, Parks oder Sportplätzen ohne eigener WC-Anlagen können dort in vielen Städten kostenlos in nahegelegene, an der Aktion „Nette Toilette“ teilnehmende Gastronomiebetriebe ausweichen und deren WCs nutzen. Die jeweiligen Städte und Gemeinden zahlen dafür den betreffenden Gastronom:innen eine kleine Monats- oder Jahrespauschale. „Eine Win-Win-Win-Situation für alle. Die Stadt erspare sich mit der ‚netten Toilette‘ die Errichtungs- als auch laufenden Betreuungskosten einer öffentlichen WC-Anlage. Die Gaststätten hätten eine weitere Einnahmequelle und gewinnen womöglich sogar neue Gäste dazu“, erzählt SP-Gemeinderat Lenartitsch. Und die Grazer Bevölkerung beziehungsweise auch alle Tourist:innen würden von einem großen Netz öffentlich nutzbarer Toiletten profitieren. „In Deutschland gibt es sogar eine super praktische App, die nicht nur sämtliche ‚netten Toiletten‘ im Umkreis anzeigt, sondern auch, welche barrierefrei sind oder, was für Familien wichtig ist, einen Wickeltisch besitzen.“ Sein im Gemeinderat eingebrachter Antrag wurde einstimmig angenommen. In einer Arbeitsgruppe der Stadt, die sich mit der Versorgung mit WC-Anlagen beschäftigt, wird nun an dem Thema gearbeitet – natürlich MIT Manuel Lenartitsch.



Dass das Konzept funktioniert und auch bei den Gastronomiebetrieben selbst Zuspruch findet, zeigt das renommierte **Burger-Restaurant „Heinz“ in Liebenau**, das sich freiwillig zur „Netten Toilette“ erklärt hat. *„Es ist wichtig, dass Menschen unkompliziert und kostenlos aufs WC gehen können. An Spieltagen (Fußball und Eishockey) ist es natürlich eine Herausforderung, im Hinblick auf die Sauberkeit haben wir aber noch keine schlechte Erfahrung gemacht“*, so Geschäftsführerin Sarah Schlager.



Die erste inoffizielle „Nette Toilette“ in Graz hat Manuel Lenartitsch im Heinz Liebenau entdeckt.

Fotos: Adobe Stock, Privat



stmk.spo.e.at/
zukunftsprogramm




Vortrag
zum Thema
„Verkehr“
von Christian
Gratzer

Einladung:
7. November,
18:00 Uhr
AK Graz

Direkt. In eine gerechte Zukunft.

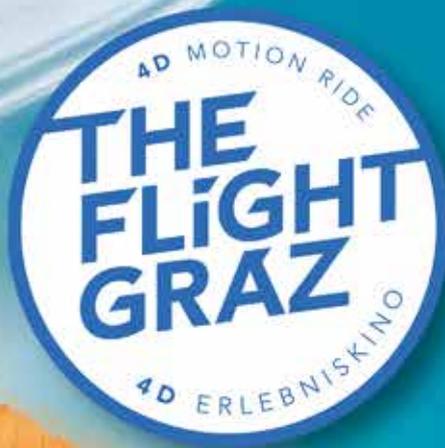
Diskutiere mit Anton Lang unser
Programm für eine gerechte Steiermark.

Entgeltliche Einschaltung

4D ERLEBNISKINO

GRAZ IM FLUG

**MIT ALLEN SINNEN
ERLEBEN**



**Perfekt in Kombination mit der
SCHLOSSBERGRUTSCHE**

Zugang über Schlossberglift oder Stiege bei Uhrturm

theflight.at

schlossberggrutsche.at
slidegraz.com



**DIE GRÖSSTE
UNDERGROUND RUTSCHE
DER WELT**

